



Niederschrift über die Sitzung des Rates (Rat/XVII/014/2019)

Sitzungstermin: Donnerstag, den 31.01.2019

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:44 Uhr

Ort, Raum: Rathaus Altbau, großer Saal

Anwesend:

Ratsvorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

stellv. Ratsvorsitzende/r

Frau Gudrun Bonow

Frau Claudia Wostratzky

Bürgermeisterin

Frau Beatrix Kuhl

stellv. Bürgermeister

Herr Jochen Kruse

Herr Bruno Schachner

Ratsmitglieder

Herr Fritz-Hannes van Beckum

Herr Dirk Beening

Herr Jörg Betz

außer TOP 10 bis 12

Herr Thomas Bruns

Herr Sven Dirksen

Herr Paul Foest

Herr Hans Fricke

Herr Olav Fricke

Frau Annegret Hahn

Herr Ulf-Fabian Heinrichsdorff

Herr Jürgen Janssen

Frau Engeline Kramer

Frau Christiane Kühmann

Herr Johann Lohmeyer

Herr Gerd Lübbers

Frau Ursel Nimmrich

Herr Ferhat Özdemir

Herr Serhat Özdemir

Frau Anja Rinke

Herr Dieter Schmidt

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

Frau Beate Stammwitz

Frau Ursula Stevens-Kimpel

Frau Christina Stoye-Grunau

Herr Michael Weber

Frau Susanne Westermann

Verwaltung

Herr Jens Aden

Frau Grit Fokken

Herr Holger Möse

Frau Karin Müller-Winterboer

Herr Carsten Schoch

Herr Holger Schüür

Abwesend:

Ratsmitglieder

Herr Wilhelm Bloem

Herr Sönke Eden

Herr Johann-Henning Keitel

Herr Gerd Koch

Herr Michael Runden

Herr Stefan Störmer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Rates vom 13.12.2018 (Rat/XVII/013/2018)
- 4 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 1.20/XVII/0816/2018
- 5 Änderung Eigenbetriebssatzung
Vorlage: KWL/XVII/0869/2018
- 6 Haushalt 2019
- 6.1 Wirtschaftsplan 2019 LEEB
- Beschluss
Vorlage: 2.60/XVII/0878/2018
- 6.2 Wirtschaftsplan KWL 2019-2021
- Beschluss
Vorlage: KWL/XVII/0864/2018
- 6.3 Haushaltssicherungskonzept 2019
Vorlage: 1.20/XVII/0911/2019
- 6.4 Prioritätenliste über künftige Investitionsmaßnahmen
Vorlage: 1.20/XVII/0910/2019
- 6.5 Kenntnisnahme der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2022
- 6.6 Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2019 und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2022
Vorlage: 1.20/XVII/0912/2019
- 6.6.1 Ergänzungsvorlage zum TOP 4 "Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2019 und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2018 - 2019"
Vorlage: 1.20/XVII/0916/2019

- 6.6.2 Ergänzungsvorlage zum Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2019 und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2022
Vorlage: 1.20/XVII/0929/2019
- 6.6.3 Stellenplan 2019
- 7 Rahmenplan "Leer Weststadt";
Beschluss zur baulichen Entwicklung
Vorlage: 2.60/XVII/0883/2019
- 8 Gedächtniswald Logabirum - Beschluss des Betreibervertrages
Vorlage: 2.60/XVII/0832/2018
- 9 Gedächtniswald Logabirum - Beschluss der Friedhofssatzung
Vorlage: 2.60/XVII/0826/2018
- 10 87. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet westlich der Zoostraße und beiderseits der Oldenburger Straße (B 436)
1. Erörterung und Beschluss über Anregungen
2. Beschluss der Änderung des Flächennutzungsplanes (Feststellungsbeschluss) und Zustimmung zur Begründung und Umweltbericht
Vorlage: 2.61/XVII/0841/2018
- 11 85. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet nördlich Oldenburger Straße zwischen Zoostraße und Fuchsweg
1. Erörterung und Beschluss über Anregungen
2. Beschluss der Änderung des Flächennutzungsplanes (Feststellungsbeschluss) und Zustimmung zur Begründung und Umweltbericht
Vorlage: 2.61/XVII/0891/2019
- 12 Bebauungsplan Nr. 227 für ein Gebiet nördlich Oldenburger Straße zwischen Zoostraße und Fuchsweg
1. Erörterung und Beschluss über Anregungen
2. Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung und Zustimmung zur Begründung und Umweltbericht
Vorlage: 2.61/XVII/0892/2019
- 13 Lärmaktionsplan der Stadt Leer (Ostfriesland)
- Beschlussfassung
Vorlage: 2.61/XVII/0884/2019
- 14 Berufung von beratenden Mitgliedern in die Fachausschüsse nach § 71 Abs.7 NKomVG
Vorlage: 9.12/XVII/0882/2019
- 15 Informationen
- 16 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

17 Anfragen

18 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung, die Tagesordnung und die Beschlussfähigkeit fest. Er teilte mit, dass die Herren Bloem, Eden, Keitel, Koch, Runden und Störmer nicht an der Ratssitzung teilnehmen können und sich entschuldigt hätten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilte **der Vorsitzende** Frau Bonow das Wort.

Frau Rinke und **Herr Dieter Schmidt** verließen den Sitzungssaal.

Frau Bonow: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in unseren Reihen ein mehrfach vorbestraftes Mitglied. Nun gab es wieder einen Prozess gegen Herrn Koch. Betrug, Beleidigung und Volksverhetzung lautet die Anklage. An dieser Stelle möchte ich gar nicht wiederholen, wie sich Herr Koch geäußert hat. Die Äußerungen sind Ihnen sicherlich allen bekannt. Im Prozess eierte Herr Koch herum, ein Versehen, nicht so schlimm, ich war das nicht. Von einem Menschen, der zu dem steht, was er tut, nichts zu sehen. Von Unrechtsbewusstsein keine Spur. Eine Entschuldigung kam nicht über seine Lippen. Auch von seinen Fraktionskollegen aus der AWG war eine Distanzierung zu seinen Aussagen bisher noch nicht zu hören. Herr Koch hat auf seiner Homepage zur Freude vieler seinen Rücktritt angekündigt. Von dieser Stelle aus: Herr Koch, tun Sie es! Wir, die GRÜNEN/CDL, die CDU, die SPD/Die Linke und die FDP/BfL im Stadtrat Leer fordern Sie auf, Ihr Mandat niederzulegen. Damit verliert Leer hoffentlich das Sprachrohr für menschenverachtenden Populismus. Alle, die sich dieser Aufforderung anschließen, mögen jetzt aufstehen.“

Alle Ratsmitglieder erhoben sich von Ihren Plätzen.

Die Bürgermeisterin sorgte dafür, dass Frau Rinke und Herr Dieter Schmidt wieder in den Sitzungssaal gebeten wurden.

Der Vorsitzende erteilte der Bürgermeisterin das Wort.

Die Bürgermeisterin: „Sehr geehrter Ratsvorsitzender, sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Presse, liebe Besucher, ich wollte das eigentlich unter Informationen bekanntgeben. Es ist mir eben in die Hand gedrückt worden. Ich verlese ein Schreiben des Ratsherrn Gerd Koch, gerichtet an mich als Bürgermeisterin und an Herrn Sattler als Ratsvorsitzenden und er verkündet hierin den Rücktritt von seiner Ratstätigkeit und zwar mit Ablauf des 1. Februar 2019. Er hätte das gerne hier persönlich erklärt, aber er ist eben derzeit verhindert. Mehr lese ich jetzt nicht vor, sondern ich gebe das lediglich bekannt.“

Es wurde zustimmend auf den Tisch geklopft.

TOP 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Rates vom 13.12.2018 (Rat/XVII/013/2018)

Beschluss (einstimmig):

Das Protokoll der Sitzung des Rates vom 13.12.2018 (Rat/XVII/013/2018) wird genehmigt.

**TOP 4 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 1.20/XVII/0816/2018**

Beschluss (einstimmig):

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2015 in der festgestellten Fassung und erteilt der Hauptverwaltungsbeamtin gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG für das Haushaltsjahr 2015 Entlastung.
2. Der Jahresüberschuss der unselbständigen Fischerstiftung in Höhe von 275,28 € ist der zweckgebundenen Rücklage zuzuführen.
3. Der Überschuss des Jahresergebnisses (ordentliches und außerordentliches Ergebnis ohne Fischerstiftung) des Haushaltsjahres 2015 in Höhe von 297.244,13 € ist mit dem Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss zu verrechnen.

Die Bürgermeisterin nahm an der Abstimmung nicht teil.

**TOP 5 Änderung Eigenbetriebssatzung
Vorlage: KWL/XVII/0869/2018**

Beschluss (32 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):

Die Satzung der KWL wird wie folgt zum 01.02.2019 geändert:

§ 3 Abs. 1, Satz 1:

Die Betriebsleitung der KWL besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern.

§ 3 Abs. 2, Punkt 3:

- a) 25.000,- € bei wiederkehrenden Geschäften; dazu zählen insbesondere Werkverträge, Baumaßnahmen, Anordnung notwendiger Instandsetzungsarbeiten, Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Investitionsgütern des laufenden Bedarfs und Kreditaufnahmen,
- b) 25.000,- € beim Abschluss und Beendigung von Miet- oder Pachtverträgen (Jahresbeträge),

§ 8 Abs. 1

- (1) Die Aufgaben der Sonderkasse des Eigenbetriebes werden von der Stadtkasse Leer durchgeführt. Für die Sonderkasse des Eigenbetriebes gelten die Vorschriften des NKomVG und der Kommunalhaushalts- und –kassenverordnung (KomHKVO), soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

TOP 6 Haushalt 2019

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass am heutigen Tage allen Ratsmitgliedern noch eine Ergänzungsvorlage mit aktualisiertem Zahlenmaterial zugemailt wurde, die in das Ratsinformationssystem eingestellt worden sei. Insbesondere wies er auf die „Übersicht über die Feuerwehren – Investive Auszahlungen nach der mittelfristigen Finanzplanung“ hin.

Der Vorsitzende erteilte der Bürgermeisterin das Wort:

Die Bürgermeisterin: „Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Ratsmitglieder, der Haushalt wird heute am 31. Januar hoffentlich verabschiedet. So früh wurde der Haushalt seit 10 Jahren nicht verabschiedet. Für die Zukunft haben wir uns selbiges aber vorgenommen, den Haushalt noch schneller zu verabschieden.“

Warum sind wir dieses Jahr früher als sonst? Vor allem auf Wunsch der Politik, die den Haushalt möglichst zu Beginn des Jahres verabschieden wollte. Ich freue mich, dass es uns, Verwaltung und Politik, gemeinsam gelungen ist, dieses Ziel zu erfüllen.

Es ist ein Haushalt der Kompromisse. Auf der einen Seite müssen wir notwendige Investitionen in die Infrastruktur tätigen und notwendige Aufwendungen für unsere Aufgabenerledigung leisten. Auf der anderen Seite müssen wir die Haushaltskonsolidierung vorantreiben. Gar nicht so einfach, wenn es, uns und Ihnen, den Abgeordneten, schwerfällt, sich von freiwilligen Leistungen zu verabschieden und auch die Verwaltung Schwierigkeiten hat, eine Prioritätenliste zu erstellen von den so dringend überfälligen Projekten.

Um diese ambitionierten Ziele dennoch zu erfüllen, haben wir in letzter Zeit gemeinsam viel an dem Zahlenwerk gearbeitet. In zum Teil kontroversen, aber vor allem auch konstruktiven Sitzungen ist es gelungen, einen voraussichtlich genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen.

Der Haushalt hat für 2019 im Ergebnishaushalt ein Gesamtvolumen von 71,8 Millionen Euro an Aufwendungen und 68,8 Millionen Euro an Erträgen. Damit haben wir einen Fehlbedarf in Höhe von rd. 2,9 Millionen, sodass wir einen unausgeglichene Haushalt aufweisen.

Als große Belastungsfaktoren für den städtischen Haushalt ist vor allem auch die hohe Kreisumlage in Höhe von 22,9 Millionen Euro zu nennen. Darüber hinaus üben wir noch Aufgaben für den Kreis aus, über deren Finanzierung noch zu reden sein wird.

Auch die Personalkosten sind ein großer Bereich und hier ist es zu Steigerungen gekommen - sie verweisen immer wieder darauf - die in den nächsten Jahren noch zunehmen werden. Dafür verantwortlich sind einerseits die tariflichen Anpassungen, die neue Entgeltordnung, aber auch Stellenmehrungen, die nötig sind, um die zunehmenden Projekte und Aufgaben zu schultern. Die Diskussion um das Nachverdichtungskonzept und die Auswirkungen der gestiegenen Baukonjunktur sind hierfür nur ein Beispiel.

Auch die Einhaltung eigentlich allgemeinüblicher Standards innerhalb der Verwaltung wie aktuelle Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Mitarbeiter, Durchführung interner und externer Stellenausschreibungen, ein aktueller Verwaltungs- und Aufgabengliederungsplan und eine Dienst- und Geschäftsanweisung binden immer mehr Personal. Zumal hier auch ein erheblicher Aufarbeitungsbedarf bestand und noch immer besteht. Der Verwaltungs- und Aufgabengliederungsplan wurde gerade fertiggestellt, ist auf dem Weg zum Personalrat und ersetzt damit die Version aus den 90er Jahren.

Aber auch die Vorgaben der EU führen für alle Kommunen zu einem erheblichen Mehraufwand. Zu nennen sind hier z.B. nur die Änderungen durch die Datenschutzgrundverordnung oder die Auswirkungen der elektronischen Rechnung. Aber mit diesen Problemen haben fast alle Kommunen zu kämpfen.

Personal ist immer noch das höchste Gut in diesem Arbeitsumfeld, die Mitarbeiter suchen sich gerne Arbeitsplätze aus, die besser bezahlt sind, daher ist die Fluktuation in den Gemeinden und Städten groß. Auch die Wirtschaft wird zum Mitbewerber – auch in Leer.

Und auch wenn wir in den vergangenen Jahren unsere Liquiditätskredite verringern konnten, werden wir in Zukunft auf Liquiditätskredite angewiesen sein, um „Zahlungsspitzen“ auszugleichen. Sofern die Haushaltssicherungsmaßnahmen nicht in dem geplanten Umfang umgesetzt werden, sind diese nicht nur unterjährig erforderlich, sondern mit steigender Tendenz auch als Verschuldung in unserer eigenen Bilanz wiederzufinden. Dieses ist bei den jetzigen guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr kritisch zu sehen.

Im investiven Finanzhaushalt haben wir für 2019 nach intensiven Streichungsrunden, ich nenne jetzt zum Beispiel die Fassadensanierung Stadtbibliothek als Projekt erst für 2020 und einem ausführlichen Abwägungsprozess Investitionen in Höhe von 10,8 Millionen Euro geplant. Um dies zu finanzieren, müssen wir Investitionskredite in Höhe von 6,1 Millionen Euro aufnehmen.

Große Projekte haben wir bereits geschultert: Das Hallenbad wird in diesem Jahr abgerechnet, die Uferpromenade ist zum Teil fertiggestellt, zum Teil gehen wir in den nächsten Teilabschnitt. Ich nenne beispielweise die Soziale Stadt Ost und die Sanierung des historischen Rathauses. Das Feuerwehrhaus in Bingum hat lange gedauert, wird aber ebenfalls dieses Jahr fertig. Kindergärten, der Anbau in Leerort und der Kindergarten Bingum, wir haben die Hoheellernschule, deren Sanierungsbedarf durch Asbest und Wasserschaden nicht nur Mitarbeiter, sondern auch Finanzmittel gebunden hat oder die Plytenbergschule, die einen Brand mit seinen Folgen sehr geräuschlos ertragen hat. Die anderen Schulen warten ungeduldig auf Sanierungen und klagen zu Recht. Hier sind auch große Sanierungen zu schultern.

Große Projekte liegen vor uns: Die Feuerwehren sind hier zu nennen, bei denen der Berater zum Abschluss der Fertigstellung des zukunftsweisenden Feuerwehrbedarfsplans gesagt hat: Das jetzt auf dem Tisch liegende Paket ist kein Wunsch, sondern überfällige Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr – hier geht es um den menschenrettenden Einsatz, der hoffentlich nie oder selten zum Ernstfall wird, aber auch Vorsorge ist überfällig, wie zum Beispiel in Nüttermoor. Ich weiß, darüber sind wir uns auch alle einig. Deutlich waren seine Hinweise zum Organisationsverschulden bei Unterlassungen. Allerdings steht bereits beim Neubau Nüttermoor aber auch für das Feuerwehrhaus Leer fest, dass der avisierte Zeitplan gar nicht einzuhalten ist, daher haben wir in Absprache mit Politik und Verwaltung, aber vor allem mit den Ortsbrandmeistern und dem Stadtbrandmeister und dem Gutachter den Zeitplan nach hinten gestreckt. Auch einige Anschaffungen, die Boote und der LF 20 sind geschoben worden und anderes auch. Bei den anstehenden Projekten kommen die Mitarbeiter an ihre Grenzen,

Auch das Rathaus hat einen massiven Renovierungsbedarf, vergleichen wir unseren Arbeitsplatz mit anderen öffentlichen Einrichtungen in dieser Stadt, versteht man auch die Mitarbeiter, die nicht mehr mit Waschbecken und altem Vorhang, zugigen Fenstern, die undicht sind und schlechten Lichtstandards arbeiten wollen und deren Büros zurzeit nach und nach saniert werden und heutigen Standards angepasst werden. Die Fenster sollen noch dieses Jahr mit Fördermitteln aus dem Kommunalinvestitionsprogramm ausgetauscht werden.

Die Fußgängerzone wird modern – auch hier ist trotz zunehmendem Lieferverkehr – in den letzten Jahren nichts investiert worden. Die Abkehr von dem Charme der 80iger Jahre ist überfällig und richtet sich an die Verbraucher, die immer mehr den Onlinehandel nutzen und zurück in die Städte geholt werden sollen mit einem modernen Auftritt unserer Fußgängerzone. Immerhin ein Betrag von über zwei Millionen. Und als letztes ist von den vielen Aufgaben der kommenden Jahre (Modernisierung von Gebäuden) auch der Ausbau unserer Gewerbegebiete zu nennen in Höhe von 1,8 Millionen. Die Wirtschaft ist ein wichtiger Stützpfeiler unserer Gesellschaft - Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sind Voraussetzung für einen funktionierenden Haushalt. Unsere Gewerbegebiete sollten das auch ausstrahlen, daher werden die Gebiete nach und nach ausgebaut, angefangen vom Großen Stein, über die Benzstraße bis hin zum Nüttermoorer Sieltief.

Der Logaer Weg, seit vielen Jahrzehnten Holperstrecke, geht auf die Zielgerade, allen Widrigkeiten zum Trotz und mit den Versuchen von Politik und Bürgerinnen und Bürgern und Anwohnern zu einer akzeptablen Lösung zu kommen. Kostenpunkt rund 4,2 Millionen – was sich, wie sie alle wissen, sehr schwierig gestaltet, weil nach wie vor nicht alle Anwohner bereit sind, den benötigten Teil zu verkaufen – trotz aller auch von der Politik geforderten Anstrengungen und Anregungen.

Die Mitarbeiter sind hoch motiviert, die Projekte, die Ausschreibungen voranzubringen, damit die Stadt Leer sich so weiterentwickelt, wie sie es tut – sehr zur Begeisterung der Bürgerinnen und Bürger und unseren vielen Gästen von nah und fern, die immer wieder gerne kommen.

Klar wird an diesem Haushalt, dass noch ein langer Weg vor uns liegt, denn Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen, Liquiditätskredite nehmen uns Spielraum für die Zukunft. Wir müssen in Zukunft die Schulden reduzieren und einen nachhaltigen und vor allem ausgeglichenen Haushalt aufstellen. Dafür gehören vor allem die freiwilligen Leistungen noch deutlicher auf den Prüfstand. Das wird für Politik und Verwaltung in den nächsten Jahren eine herausfordernde Aufgabe. Ich freue mich schon, wenn der neue Erste Stadtrat da ist, auf seine Unterstützung, der ja ein ausgewiesener Finanzexperte ist – auf ihm lastet ein großer Erwartungsdruck.

Danken möchte ich den Mitarbeitern im Haus, allen voran Herrn Schüür und Herrn Aden und allen anderen Mitarbeitern, die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben, ihre eigenen Projekte manchmal in die zweite Reihe stellen mussten – ein Seitenblick an Herrn Schoch. Herr Schüür, Herr Aden, vielen Dank. Ich habe das Gefühl, sie sind ein tolles, hocheffektives Team, aber auch Herrn Schubert, der noch bis Ende des Jahres an diesem Haushalt mitgearbeitet hat. Zusammen mit allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses, Herr Müller, der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist da. Danke.

Die genauen Zahlen wird Ihnen jetzt unser neuer Fachdienstleiter Herr Schüür vorstellen, der zusammen mit Herrn Aden die Präsentation erstellt hat und die in diesem Jahr etwas anders aussehen wird. Und ich bitte um die Zustimmung zum Haushalt. Vielen Dank!“

Der Vorsitzende erteilte Herrn Schüür das Wort.

Herr Schüür: „Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, nachdem Frau Kuhl allgemein auf den Haushalt der Stadt Leer eingegangen ist, möchte ich Ihnen nun das Zahlenwerk etwas näherbringen.

Dieses Jahr verzichte ich auf einen Vergleich mit früheren Jahren, sondern konzentriere mich auf den Haushaltsplan 2019, aber zunächst möchte ich kurz auf die städtische Bilanz eingehen.

Links die Aktiva, auf dessen Seite das städtische Vermögen steht, und als größte Position mit 142 Millionen Euro unser Sachvermögen, wie z. B. Grundstücke, Gebäude und Straßen. Auf der rechten Seite die Passiva, aus denen hervorgeht, wie

dieses Vermögen finanziert ist. Unter Ziffer 2 sind die Schulden aufgeführt, bei denen es sich mit 38 Millionen Euro um Investitionskredite und mit 5 Millionen Euro um Liquiditätskredite handelt. Die Nettoposition mit 96 Millionen Euro unter Ziffer 1 ist mit dem Eigenkapital beim Kaufmann vergleichbar. Festzustellen ist, dass die Stadt mit einer Eigenkapitalfinanzierung von über 52 % eine solide Kapitalstruktur hat und wir weiterhin versuchen müssen, zumindest das Eigenkapital zu erhalten und das Fremdkapital zu verringern. Dieses werden wir mit diesem Planentwurf leider nicht erreichen.

Im Ergebnishaushalt, vergleichbar mit der Gewinn- und Verlustrechnung des Kaufmanns, wird mit einem Fehlbedarf bzw. einem Verlust von knapp 3 Millionen Euro geplant, da den Erträgen mit 68,8 Millionen Euro Aufwendungen von 71,8 Millionen Euro gegenüberstehen.

Anhand dieses Diagramms ist zu erkennen, wie sich die Gesamterträge von 68,8 Millionen Euro zusammensetzen. Dabei belaufen sich allein die Steuern und ähnliche Abgaben auf 52,7 Millionen Euro. Die größten Ertragsquellen sind davon die Gewerbesteuer mit geplanten 28 Millionen Euro, der Anteil an der Einkommensteuer mit 14 Millionen Euro, die Grundsteuer B mit 5,4 Millionen Euro und der Anteil an der Umsatzsteuer mit 4,1 Millionen. Aber einen Großteil dieser Steuererträge zahlen wir als Transferaufwendungen wieder an Dritte aus. Mit über 37 Millionen Euro machen diese Transferaufwendungen über die Hälfte der Gesamtaufwendungen aus. Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen von 8,4 Millionen Euro handelt es sich überwiegend um die Erstattungen der umfangreichen Leistungen der Stadtwerke Leer AöR. Aber auch die städtischen Personalaufwendungen belaufen sich auf 16,3 Millionen Euro.

Welches sind die größten Transferaufwendungen?

Hier zu nennen sind mit 22,98 Millionen Euro die Kreisumlage, mit über 6 Millionen Euro die vom Landkreis Leer übernommene Aufgabe und zwar die Zuschüsse an die Kindertagesstättenträger, mit 4,8 Millionen Euro die Gewerbesteuerumlage und mit 1 Millionen Euro die Defizitabdeckung für unser neues Hallenbad.

Mit genau diesem Ergebnishaushalt und den zukünftigen Haushalten müssen wir uns gemeinsam in den Gremien auch weiterhin verstärkt befassen, da trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, unter anderem gute Ertragslage und niedrige Fremdkapitalzinsen, durch die zukünftigen jährlichen Verluste unser Eigenkapital schwindet und unsere Verschuldung in Form von Liquiditätskrediten zunehmen wird.

Beim Finanzhaushalt beschränke ich mich lediglich auf die Investitionen, die allein in diesem Jahr voraussichtlich 10,8 Millionen Euro betragen werden. Um diese zu finanzieren, ist eine Kreditaufnahme von über 6 Millionen erforderlich, was einem Fremdkapitalanteil von 56,14 % entspricht. Der Eigenkapitalanteil von 43,86 % setzt sich überwiegend aus Zuwendungen beispielsweise vom Bund oder Land zusammen. Jetzt wollen wir einige größere Investitionsprojekte betrachten, die in diesem Jahr begonnen oder auch fortgesetzt werden.

- Der Neubau einer städtischen Kindertagesstätte im Niedersachsenring für insgesamt 2,36 Millionen Euro
- Die Fortsetzung des Förderprojektes Soziale Stadt West mit 1,2 Millionen Euro allein im Jahr 2019
- Der nächste Bauabschnitt der Neugestaltung der Fußgängerzone; 2019 im Bereich Würde bis Ledastraße über das Förderprogramm städtebaulicher Denkmalschutz
- Die Fortsetzung der Straßenbaumaßnahme Logaer Weg
- Der weitere Abschnitt der Uferpromenade bis zum Hafenkopf
- Die Seeschleusenmodernisierung
- Die barrierefreie Umgestaltung des Busbahnhofs; allerdings wird dieses Projekt im diesem Jahr zunächst nur geplant. Im Gegensatz dazu rollen aber 2019 die Bagger zur Umgestaltung der Zollhausumgebung an.
- Aufgrund des Feuerwehrbedarfsplanes die Neuanschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Erneuerung von Ausrüstungsgegenständen und
- letzte Arbeiten am Hallenbad.

Jetzt könnte man den Eindruck gewinnen, dass einige Einrichtungen „untern Tisch“ fallen. Dieses war nur eine beispielhafte Betrachtung. Es sind noch erhebliche Restmittel aus den Vorjahren vorhanden und des Weiteren werden noch eine Vielzahl von baulichen Unterhaltungsmaßnahmen insbesondere in und an unseren Gebäuden durchgeführt.

Auch in den nächsten Jahren wird die Stadt begonnene Projekte fortsetzen oder aber auch neu beginnen, um die Lebens- und Aufenthaltsqualität der Bürgerinnen und Bürger und Besucher zu verbessern. Um diese Investitionen auch zügig abzuwickeln, werden Verpflichtungsermächtigungen von 7,6 Millionen Euro eingeplant.

Bei einem Investitionsvolumen von über 49 Millionen Euro für die Jahre 2019 bis 2022 werden noch einige Kraftanstrengungen aller Beteiligten notwendig sein. Gerade hinsichtlich der geringen finanziellen Spielräume werden wir gemeinsam einen Weg finden müssen, um den Spagat zwischen notwendigen Investitionen, Dienstleistungen der Stadt und der Haushaltskonsolidierung hinzubekommen. Hier stehen wir gemeinsam noch vor einer großen Herausforderung.

Ich danke der Politik und allen Kolleginnen und Kollegen für die tatkräftige Unterstützung und die bisherige Zusammenarbeit. Vielen Dank.“

Der Vorsitzende dankte Herrn Schüür für die Ausführungen und erklärte, dass er nunmehr den Vorsitz an Frau Wostratzky abgebe, um die Haushaltsrede für die Gruppe SPD/Die Linke zu halten.

Frau Wostratzky übernahm den Vorsitz und erteilte Herrn Sattler das Wort.

Herr Sattler: „Herzlichen Dank Frau Vorsitzende, Frau Bürgermeisterin, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Wie auch in den vergangenen Jahren, jetzt aber erstmals durch Herrn Schüür und auch durch die Bürgermeisterin wurde der aktuelle Haushalt seitens der Verwaltung eingebracht. Wie auch in den vergangenen Jahren möchte ich mich nicht an die Zahlen halten sondern eher an die Inhalte, die dahinter stehen und auch an generelles. Ich möchte mich dafür bedanken, dass sie das hier alles so zutreffend dargestellt haben.

Die öffentliche Diskussion zu unserem diesjährigen Haushalt war relativ leidenschaftslos. Wir haben im Planungsstadium früh darauf hingewirkt, dass der Haushalt dieses Jahr früher verabschiedet wird. Frau Kuhl hat ja selber schon darauf hingewiesen, dass das sehr positiv ist und ich möchte auch gerne darauf hinweisen, warum wir das wollen.

Uns treibt die Notwendigkeit an, die über den Haushalt bereitgestellten Mittel auch möglichst im gleichen Jahr zu nutzen. Gerade im Investitionsbereich ist dies wichtig, damit Aufträge vergeben werden können und somit auch die heimische Wirtschaft profitieren kann. Hier geht es auch um die schnelle Realisierung städtischer Projekte, wie etwa die Sanierung unserer städtischen Wohnungen.

Politische Beschlüsse, Haushaltsmittel und Förderzusagen von cofinanzierenden Stellen liegen vor, aber trotzdem geht es nicht voran, als hätten diese Debatten und Beschlusslagen um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Vergangenheit nicht stattgefunden. Hier erwarten wir, dass die Verwaltung die Beschlüsse schnell umsetzt. Die Planungs- und Baumaßnahmen nehmen Zeit in Anspruch, die wir durch weitere Verzögerungen nicht verlieren dürfen. Mit der Thematik bezahlbares Wohnen befassen wir uns nicht zum Selbstzweck, sondern aufgrund des Drucks der den Wohnungsmarkt in unserer Stadt bestimmt. Hier muss es also schnell weitergehen – für die Leeraner Bürger, die auf diesen Wohnraum angewiesen sind.

In diesem Jahr ging die inhaltliche Diskussion zur Haushaltssicherung in der Haushaltssicherungskommission weiter. Auf politischer Seite haben wir in diesem Gremium einen guten Rhythmus gefunden, um etwa über Standardreduzierungen und dadurch zu erreichende Aufwandsreduzierungen Einigung zu erzielen. Was wir hier allerdings grundsätzlich vermissen, ist ein ehrlich gemeinter Beteiligungswille der Bürgermeisterin. Gerade wenn es im politischen Raum einen Konsolidierungswillen gibt, muss dieser durch die Hauptverwaltungsbeamtin konstruktiv begleitet werden. Das ist von mir sehr zurückhaltend formuliert. Wir erwarten hier die Initiative von Frau Kuhl und erwarten, dass Sie hier auch tätig werden. Betiligen Sie sich an den Konsolidierungsbestrebungen des Rates!

Haushaltssicherung muss aber auch sinnhaft betrieben werden. Was die Untergangsstimmung angeht, die uns alljährlich im Rahmen der Haushaltsberatung begleitet, sind wir relativ gelassen. Mir ist es schon lange ein Anliegen, die Haushaltsdebatte zu nutzen, um einmal auf die so genannte Rastede-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1988 einzugehen. Hier hat Deutschlands höchstes Gericht zum Umfang des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden geurteilt und folgendes hierzu festgestellt:

„Das Grundgesetz hat die Gemeinden mit Allzuständigkeit für Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft ausgestattet und damit die dezentrale Verwaltungsebene noch besonders hervorgehoben. Mit dieser Stärkung der dezentralen Verwaltungsebene wollte der Verfassungsgeber auf die gegenläufigen zentralistischen Tendenzen während des nationalsozialistischen Regimes antworten. Er tat dies im Zutrauen in die Gemeinden, im Sinne eines „Aufbaues der Demokratie von unten nach oben“ Keimzelle der Demokratie und am ehesten diktaturresistent zu sein“.

Mir ist dieser Hinweis wichtig, weil er klarstellt, dass wir uns nicht grundlos der Mehrung des Allgemeinwohls auf der kommunalen Ebene verschrieben haben, sondern einer höchstrichterlichen Entscheidung folgend, einen besonderen Auftrag im Staatsgefüge erfüllen. Was wir auf der kommunalen Ebene ausgeben, ist Bestandteil des gesamtstaatlichen Wirkens. Die uns zugeschriebenen Aufgaben müssen erfüllt werden, auch wenn es Geld kostet. Das trifft übrigens auch auf die freiwilligen Leistungen zu, die wir auch in diesem Sinne für die Allgemeinheit ausgeben.

Theodor Fontane hat für diese Notwendigkeit einmal die passenden Worte gefunden: „Eine richtige Sparsamkeit vergisst nie, dass nicht immer gespart werden kann: wer immer sparen will, der ist verloren, auch moralisch“.

Mehr will ich dazu jetzt gar nicht ausführen.

Es ist mehr als bedauerlich, dass die Bürgermeisterin sich immer mehr als Antagonistin der Stadtentwicklung entpuppt. Der politische Mehrheitswille spricht sich für die Umsetzung des fahrradfreundlichen Innenstadtrings aus. Was macht die Bürgermeisterin? Sie gibt unnötige Gutachten in Auftrag, die ihre gefühlte Wahrheit unterstützen sollen – gegen das Projekt. Auch steht in einer Vorlage zum Haushalt, dass die Verwaltung erheblichen Zweifel an dem Projekt hegt. Da fragen wir uns, wer ist die Verwaltung – Sie oder Ihre Fachleute?

Sehen Sie mir bitte nach, dass ich im Rahmen dieser Haushaltsrede im Sinne einer Generaldebatte zur städtischen Politik auch auf originär nicht monetäre Aspekte eingehen muss.

Hier muss ich aus der Rede der Bürgermeisterin zur Eröffnung des letzten Gallimarktes zitieren:

„Das Logo, das letztes Jahr, fast drei Monate nach der Veröffentlichung in einer Pressekonferenz und der Veröffentlichung in der OZ für massive Kritik gesorgt hat. Mauschelei der Bürgermeisterin und Missachtung der Ratsmitglieder. Ein Watergate in Leer? Oder besser Logogate? Puh, was sind wir froh, dass dieses nur eine Ente war, eben dieses Logo zierte dieses Jahr die Pressemappen, die Banner, und eben dieses Kinderarmband. Wir sind froh, dass sich das „Logogate“ in Wohlgefallen aufgelöst hat. Viel Geschrei um nichts – aber leider auch viel Ärger für die Mitarbeiter.“

Das hat die Bürgermeisterin im Rahmen der Eröffnung des Gallimarktes 2018 von der Rathaustreppe dem Volk zugerufen. Das, was Sie da von sich gegeben haben, Frau Kuhl, ist unerträglich. Das ist eine Missachtung des dem Rat unterstehenden Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Leer, das eindeutige Verstöße festgestellt hat,

die Sie als „Ente“ bezeichnen und „viel Geschrei um nichts“. Welche Vorstellung Sie von moralischem Handeln in einem öffentlichen Amt haben, können wir uns nach Ihren Ausführungen nur allzu gut vorstellen – das ist sehr bedauerlich und sicherlich einer öffentlichen Amtsträgerin nicht würdig. Wir nehmen auch weiterhin die uns obliegende Kontrollfunktion der Verwaltung ernst und erwarten von Ihnen, dass Sie innerhalb der Verwaltungsorganisation Regelungen herbeiführen, die Vetternwirtschaft und Korruption entgegenwirken und für die Zukunft verhindern. Hierzu haben wir als SPD einen Antrag eingebracht – aus Verantwortungsbewusstsein für das rechtmäßige Verwaltungshandeln im Leeraner Rathaus.

Nun aber wieder zurück zum Haushalt. Unseren politischen Mitstreitern hier im Rat danke ich namens der Gruppe SPD/Linke dafür, dass wir diesen Haushalt gemeinsam – mit starken Schultern – wieder tragen werden. So ist es im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und zu Recht sehen die Bürger in uns als Rat verlässliche Partner.

Danken möchte ich im Namen der Gruppe SPD/Die Linke dem Team im Fachdienst Finanzen und NKR für die exzellente Vorbereitung auch dieses Haushaltes. Wir wissen alle, dass wir auch kurzfristig noch Änderungen hatten, auch alleine durch den Wechsel in der Leitung und trotz neuer personeller Zusammensetzung des Teams haben Sie das mit Bravour gemeistert, Dazu Ihnen ein ganz besonderer Dank, auch von politischer Seite. Aber auch den weiteren Mitarbeitern im Rathaus, die durch ihre Einsatzbereitschaft immer wieder zum Wohle unserer Stadt beitragen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass insbesondere durch den besonderen Einsatz der Mitarbeiter die Realisierung von wichtigen Maßnahmen vorangebracht wird und dadurch auch die Mitarbeiter einen wichtigen Anteil an der Gestaltung unserer liebenswerten Stadt haben.

Die Gruppe SPD/ Die Linke wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!“

Herr Sattler übernahm wieder den Vorsitz und erteilte Herrn Foest das Wort.

Herr Foest: „Herr Vorsitzender, Frau Bürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde mich in meiner Rede um den Haushalt kümmern und kein „Bürgermeisterinnen-Bashing“ betreiben und werde mich auch bemühen, über einen Haushalt mit Zahlen zu reden, denn ein Haushalt ohne Zahlen scheint mir so wie eine Toilette ohne Papier.“

Zum Haushalt 2019: Nach Ansicht fast aller Fachleute sind die Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums der vergangenen Jahre mit ihren positiven Auswirkungen auf die Budgets von Bund, Ländern und Gemeinden zunächst vorüber. Die Wachstumsprognose der Bundesregierung wurde von 1,8% des Bruttoinlandsproduktes auf 1% gesenkt. Gleichzeitig sank der Ifo-Geschäftsklimaindex auf den niedrigsten Wert seit Anfang 2016. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Abschwung. Da heißt es, den Gürtel enger zu schnallen. Das gilt umso mehr für uns Ratsmitglieder der Stadt Leer, die wir trotz bisheriger günstiger Bedingungen des wirtschaftlichen Um-

feldes weder in der Lage waren einen Schuldenanstieg zu vermeiden noch einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Das gilt auch für dieses Jahr: Die lang- und kurzfristigen Schulden einschließlich der kameralistischen Sollfehlbeträge und der Verschuldung der Stadtwerke erreichen 84 Millionen Euro bei einer Nettoneuverschuldung von 4,5 Millionen Euro und steigen der Tendenz für die Zukunft. Das gibt eine Pro-Kopf-Verschuldung von fast 3.000 Euro. Der Jahresverlust beträgt 3 Millionen Euro und mittelfristig werden weitere negative Jahresergebnisse in Höhe von 8 Millionen Euro erwartet.

Ein großes Problem bleiben die Verpflichtungsermächtigungen, die trotz vorgenommener Kürzungen immer noch für den Konzern Stadt Leer über 13 Millionen Euro - ein Rekordhoch für die Stadt - betragen. Hier werden Ausgaben, die haushaltsmäßig nicht darstellbar sind, versteckt untergebracht. Ob hier die Aufsichtsbehörde, der Landkreis, mitspielt, sei dahingestellt.

Die Konsequenz hieraus kann nur äußerste Sparsamkeit sein: Nur absolut notwendige, unverzichtbare Investitionen dürfen getätigt werden und nicht durch Zuschüsse induzierte. Nur so lässt sich die Schuldenentwicklung umkehren. Gleichzeitig würde dann das Jahresergebnis durch wegfallende Abschreibungen, Zinsen und Folgekosten verbessert. Wird nicht so verfahren, droht die Gefahr der Einschränkung der dauernden Leistungsfähigkeit und des Eingriffs der Aufsichtsbehörde.

Nun zum Vermögenshaushalt:

Für die Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes stehen für den Neubau des Feuerwehrhauses Nüttermoor zunächst 200.000 Euro, für einen Anbau der Feuerwehr Bingum 180.000 Euro zur Verfügung, wobei eine Verpflichtungsermächtigung von 1,2 Millionen Euro für Nüttermoor um ein Jahr verschoben wurde, weil eine so schnelle Fertigstellung des Baus unmöglich schien. Weiter werden in Fahrzeuge 490.000 Euro und in weiteres bewegliches Vermögen 450.000 Euro investiert. Zu diesen gut 1,3 Millionen Euro sind nach der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten 4 Jahre auf der Grundlage des Feuerwehrbedarfsplanes weitere 9,2 Millionen Euro aufzubringen, durchschnittlich 2,3 Millionen Euro pro Jahr. In Anbetracht unserer Haushaltssituation und -entwicklung sind das Beträge, die nach Ansicht der CDU-Fraktion der Haushalt nicht zu verkraften vermag. Auch wenn eine weitere Streckung der Maßnahmen rechtlich zulässig sein sollte und geschieht, muss darauf geachtet werden, dass nicht das Wünschenswerte, sondern das absolut Notwendige die Kostenobergrenze darstellt, das heißt, dass die Errichtung von Standardfeuerwehrhäusern nach den Plänen der Feuerwehrunfallkasse und der Erwerb gebrauchter Feuerwehrfahrzeuge erwogen wird. Es kann nicht sein, dass in der Stadt Leer ein Feuerwehrhaus Kosten verursacht, für die der Kreis zwei erstellt.

Geplant ist die Umsetzung des dritten Bauabschnittes des Logaer Weges am Julianenpark für 765.000 Euro mit einer Verpflichtungsermächtigung von 1,4 Millionen Euro. Dabei sind 7 denkmalgeschützte Eichen im Westen dieses Abschnittes ein großes Problem. Genehmigt der Kreis ihre Beseitigung, könnte die Straße so fortgeführt werden, dass sie sich logisch in die bereits fertiggestellten Abschnitte einfügt, aber wertvolle Bäume gehen verloren. Ansonsten fehlt der Platz für eine kontinuierliche Straßenführung. Durch eine neue Planung wird es jetzt möglich mittels einer

Einengung der Straße auf 6 Meter Breite und einen 1,6 Meter breiten Fußweg, den Verkehr unter Verzicht auf die Radfahrerschutzbahnen an dieser neuralgischen Stelle vorbeizuführen. Wir tragen diese Alternative mit. Voraussetzung ist allerdings, dass die Anlieger einen 2 Meter breiten Streifen ihres Grundstückes abgeben. Sollte das nicht geschehen, ist zeitnah eine durchgängige Straße zu ermöglichen.

Als Maßnahmen für den Tourismus und die Erholung der Bürger werden für die Fortführung der Uferpromenade 580.000 Euro und für die Gestaltung des Bahnhofsumfeldes 300.000 Euro angesetzt, Maßnahmen, die für die CDU-Fraktion wie die Investitionen in Schulen in Höhe von 530.000 Euro und Kindertagesstätten mit 2,3 Millionen Euro zuzüglich Verpflichtungsermächtigungen von ebenfalls 2,3 Millionen Euro unverzichtbar sind, es sei denn, man gibt die Trägerschaft für letztere an den Kreis zurück, wofür sich angesichts unserer Haushaltssituation keine seriöse Alternative bietet.

Wirtschaftsförderung wird mit 360.000 Euro und einer Verpflichtungsermächtigung von 420.000 Euro für den ersten Bauabschnitt der Modernisierung der Schleuse, mit dem Zuschuss zum Breitbandausbau in Höhe von 130.000 Euro plus einer Verpflichtungsermächtigung von 240.000 Euro und mit einem Zuschuss von 80.000 Euro für Leer-Nord und 60.000 Euro für den Flugplatz Leer-Papenburg betrieben.

Für das Hallenbad sind noch weitere 650.000 Euro vorgesehen. Die Fertigstellung dieses Bades und seine bevorstehende Eröffnung sind ein großer Erfolg für unsere Stadt, getragen von einhelliger Unterstützung des Rates und großem Engagement der Verwaltung. Es kann nicht genug gelobt werden, dass sowohl der finanzielle Rahmen wie auch die Terminplanung trotz einiger Widrigkeiten fast genau eingehalten wurden. Und das im Zeitalter von BER, Stuttgart 21, Gorch Fock und Elbphilharmonie.

Große Bedenken hat die CDU-Stadtratsfraktion bezüglich des Umbaus des Innenstadtringes für den Radverkehr, für den eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 800.000 Euro angesetzt wurde: Der jetzt zügig abgewickelte zweispurige PKW-Verkehr wird auf nur noch einer Fahrspur aufgestaut, vorhandene Parkplätze fallen weg und Anlieferungen sind ein Problem. Ein Bärenservice für die Einkaufsstadt Nr.1 in Ostfriesland, für Kunden und Kaufleute. Die bequeme Erreichbarkeit der Fußgängerzone und Altstadt, als Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Erfolg der hier ansässigen Unternehmen, ist massiv gefährdet. Da mag es dann eine unbedeutende Fußnote sein, dass entlang des Ringes alle Bäume der Friesenstraße und etliche an den anderen Straßen beseitigt werden. Und alles nur, weil man dem Fachausschuss eine Förderung vorgegaukelt hat, die von vorne bis hinten nicht stimmte. Die Kosten der Stadt für die Gesamtmaßnahme sind inzwischen von ursprünglich 400.000 Euro auf mindestens 2 Millionen Euro angestiegen, weil man schlicht falsch rechnete, Bauten sich verteuerten und notwendige Maßnahmen erst zu spät berücksichtigt wurden.

Bedingt u.a. auch durch dieses Vorhaben hat sich die Ansicht der CDU-Fraktion zum Bummert geändert: Nachdem eine nicht nachvollziehbare Planung ein Wohnheim skandalös weit in den Straßenbereich rückte und der künftige Innenstadtring einen Stau provozieren wird, sind wir der Meinung, eine Beampelung des Bummert, wie sie

die Aufsichtsbehörde ohnehin verfügt hat, ist nötig, um den aus der Ubbo-Emmius-Straße kommenden Verkehr über eine Linksabbiegerspur ableiten zu können.

Weiter zum Ergebnishaushalt:

Angesichts der Haushaltssituation der Stadt Leer und der sehr deutlichen Anmerkungen der Aufsichtsbehörde zum letzten Haushalt, die im Verbot weiterer freiwilligen Leistungen und in der Warnung vor der Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit gipfelten, hält die CDU-Stadtratsfraktion es für unumgänglich, noch einmal an eine Rückgabe der Trägerschaft der Kindertagesstätten an den Kreis nachzudenken. In diesem Jahr sind vom Ergebnishaushalt - neben den 2,3 Millionen Euro aus dem Vermögenshaushalt - für die freiwillige Übernahme dieser Trägerschaft mehr als 6,2 Millionen Euro zu leisten bei einer jährlichen Steigerung, die mittelfristig 200.000 Euro beträgt, eigentlich ein vom Kreis verbotener Zuwachs an freiwilligen Leistungen. Da eine Rückgabe der Trägerschaft nicht mehr für dieses Jahr beschlossen werden kann, was netto sicher 3 Millionen Euro erbrächte, halten wir diesen Beschluss angesichts der Haushaltssituation und Mahnungen des Kreises für das nächste Jahr für überfällig. Es sei denn, dass man sich mit einer regelmäßigen Ausgleichszahlung von 1,5 Millionen Euro zufrieden geben will. Die genauen Zahlen sollte die Verwaltung durch den in Kürze seine Arbeit aufnehmenden Ersten Stadtrat, einen ausgewiesenen Finanzfachmann, ermitteln lassen.

Die Personalentwicklung ist leider nicht maßvoll steigend, weil auf dem Arbeitsmarkt die Mitarbeiter mit den von der Stadt benötigten Qualifikationen knapp sind. Dennoch sind Neueinstellungen nötig, um die von den Bürgern nachgefragten Verwaltungsleistungen zeitnah erbringen zu können. Da Planungen, Gutachten und Fremdleistungen immer höhere Kosten verursachen, ist die Frage zu stellen, ob hier nicht eine Kompensation durch zusätzliches eigenes Personal sinnvoll ist. Allein elektrische Planungsleistungen an kleinen Schulen verursachen Kosten, für die man einen Ingenieur fast ein Jahr beschäftigen kann.

Der Kreis hat durch konsequente Konsolidierung die Liquiditätskredite auf Null gebracht und beginnt die Schulden zu senken. Diese beispielhafte Konsolidierungspolitik war natürlich auch durch Umfeldbedingungen, die für den Kreis günstiger waren als für die Gemeinden, und eine 52%-ige Kreisumlage möglich. Es wäre jetzt an der Zeit, die Kreisumlage auf 50% zu senken, um auch die wirtschaftliche Kraft der Gemeinden zu stärken.

Bei dem vorgeschriebenen Haushaltssicherungskonzept gilt für die CDU-Stadtratsfraktion: Sparen bedeutet Reduzierung der Ausgaben und nicht Erhöhung der Einnahmen durch neue Belastungen des Bürgers. Darum halten wir auch nichts von einer Erhöhung der Gewerbesteuer oder Grundsteuer. Sinnvoll dagegen ist die Anordnung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre von 30%, die Anpassung der Beteiligungsstruktur, Kostenerstattung des Landkreises für die von der Stadt für ihn erbrachten Leistungen nach SGB XII, Rückgabe der Trägerschaft des Öffentlichen Personennahverkehrs und ein regelmäßiges Tagen der Haushaltssicherungskommission, die auf ihren letzten zwei Sitzungen in hervorragender, sachlicher und fraktionsübergreifender Zusammenarbeit den Haushalt um mehr als 2 Millionen Euro verbesserte. Einen herzlichen Dank dafür an alle Fraktionen.

Alle genannten Maßnahmen ergäben mit der angeregten Rückgabe der Kindertagesstätten Einsparungen von ca. 5 Millionen Euro.

Die CDU-Stadtratsfraktion kann mit diesem Haushalt nicht zufrieden sein. Da er aber weitgehend durch Altlasten geprägt ist, ein mutiges Haushaltskonsolidierungsprogramm anbietet und das intensive Bemühen der Verwaltung auf dem Weg zu einem Haushaltsausgleich in der äußerst restriktiven Investitionspolitik einen Ausdruck findet, stimmen wir dennoch der Haushaltssatzung 2019 mit dem Haushaltsplan einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm wie auch dem Haushaltskonsolidierungskonzept und den Festsetzungen für die Eigenbetriebe zu.

Zum Schluss bedanken wir uns bei allen an der Haushaltserstellung beteiligten Mitarbeitern der Verwaltung für deren geleistete Arbeit. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Der Vorsitzende dankte Herrn Foest für seine Ausführungen und erteilte Herrn Dieter Schmidt das Wort.

Herr Dieter Schmidt: „Sehr geehrter Ratsvorsitzender, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Mitglieder des Rates, meine Damen und Herren, ich werde es kurz machen, wie in den Jahren zuvor. Man kann, wenn man die Finanzlage der Stadt Leer betrachtet, natürlich nicht zufrieden sein. Wenn ein ausgewiesener Finanzexperte wie Paul Foest sagt, dass wir einen Schuldenstand von 85 Millionen haben, dann kann man schon mal einen leichten Drehschwindel kriegen. Wenn man dann weiter nach vorne schaut und für das Jahr 2022 bei über 100 Millionen landet, so ist das definitiv für eine Stadt Leer mit 34.000 Einwohnern einfach schlicht und ergreifend zu viel. Was mich in diesem Jahr in der Haushaltssicherungskommission und dann auch im Ausschuss ein wenig gewundert und erstaunt hat, war die Tatsache, dass die Kommunalaufsicht uns vorgibt, im Ergebnishaushalt nicht über 3 Millionen zu kommen. Das ist ein Novum. So etwas habe ich in den Jahren zuvor nicht erlebt. Mit gemeinsamen Anstrengungen ist das auch gelungen. Dank aller, die hier beteiligt waren und deswegen auch mein Dank an die Verwaltung und an alle Kolleginnen und Kollegen des Rates. Ich denke, wir sind mittlerweile so weit, auch in Einigkeit unpopuläre Entscheidungen treffen zu können und auch zu müssen. Die Zahlen sind ja hinreichend dargelegt worden. Ein Wort an den Ratsvorsitzenden noch. Mein persönliches Verhältnis zu ihm ist, denke ich, allen bekannt, aber lieber Herr Sattler, für eine Haushaltsrede ist die Bürgermeisterinnenschelte zwar medienwirksam, das werden wir morgen sicher lesen. Aber erstens Schnee von gestern und deswegen auch unnötig. Mal davon abgesehen sage ich, die Entwicklung der Stadt Leer ist nach wie vor positiv. Wenn man die Wirtschaft betrachtet, die weiße Industrie betrachtet, stehen wir gut da. Leer ist nicht nur bekannt, sondern auch beliebt und das merken wir immer wieder. Es entwickelt sich einfach positiv. Bei der Finanzlage ist es natürlich nicht rosig, aber die Entwicklung ist eine sehr positive. Deswegen wird die AWG-Fraktion, auch in sehr dezimierter Form heute, diesem Haushalt zustimmen. Ich danke Ihnen.“

Der Vorsitzende dankte Herrn Schmidt für seine Ausführungen und auch für die persönlichen Worte und erteilte Frau Kramer das Wort.

Frau Kramer: „Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die wesentlichen Zahlen des Haushalts sind heute bereits mehrfach genannt worden. Auch die Tatsache, dass wir diese nicht ohne eine weitere Verschuldung der Stadt umsetzen können. Wie bereits in vorherigen Jahren lässt uns der Investitionshaushalt keinen großen Spielraum. Um den früheren Kämmerer und den Ersten Stadtrat, Herrn Hauschild, zu zitieren:
„Der Investitionshaushalt stellt sich immer von alleine auf“.

Die aufgenommenen Projekte dort sind notwendig, daran besteht kein Zweifel. Allerdings frage ich mich auch bei diesem Haushalt erneut, ob er denn auch realistisch ist. Die Bürgermeisterin legt uns - wie jedes Jahr - eine Reihe von Projekten vor, deren Umsetzung keinen Aufschub dulden. Immer verbunden mit der Aussage, dass diese Liste aber bei vollständiger Umsetzung zu einem Haushalt führt, der wahrscheinlich nicht genehmigt wird. Und uns gelingt es dann als Rat eigentlich immer, oder besser immer wieder, durch Streichen, Strecken und Verschieben einen genehmigungsfähigen Haushalt zustande zu bringen. Auch wenn Sie, Frau Bürgermeisterin, dann teilweise ihrer eigenen Vorlage nicht zustimmen und damit zeigen, dass Sie sich selbst das Misstrauen aussprechen.

Herr Sattler sagte vorhin, die Haushaltsdebatte vorher war leidenschaftslos. Letzte Woche fand ich sie doch recht leidenschaftlich. Es gab bis gestern einen Streitpunkt und zwar ging es um die Haushaltskonsolidierung und wir sprachen über den Feuerwehrbedarfsplan. Frau Bürgermeisterin hat heute noch die Kurve gekriegt. Aber bis gestern hatten wir heiße Debatten, ob wir den Haushalt so überhaupt genehmigt bekommen.

Leider müssen wir seit Jahren immer wieder feststellen, dass Haushaltsplanung und Ausführung nicht zusammenpassen. Denn anders lässt es sich nicht erklären, warum wir im Baubereich immer größere Haushaltsreste in Millionenhöhe vor uns herschieben. Reste aus Maßnahmen, die wir beschlossen haben, bei denen aber die Umsetzung teilweise Jahre auf sich warten lässt. Dies traf eben auch auf den Feuerwehrbedarfsplan zu.

Einige Haushaltsansätze halten wir weder für vertretbar, noch für realistisch. Das ist die Einschätzung der Politik und der Blick in die Vergangenheit gibt uns hier - wie ich finde - Recht. Inhaltlich widerlegt, Frau Bürgermeisterin, haben Sie manche Punkte nicht. Mit dem Beschluss über den Haushalt geht die Verantwortung vom Rat auf die Bürgermeisterin über. Ihre Aufgabe ist es, die Beschlüsse zeitnah in die Praxis umzusetzen. Dies ist leider in vielen Fällen nicht gelungen. Woran liegt es? Es liegt auch daran, dass die städtische Bauverwaltung nicht mehr über die notwendigen Kapazitäten verfügt, die Mittel auch tatsächlich zu verbauen. Und um nicht falsch verstanden zu werden: Dies ist ausdrücklich kein Vorwurf an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Die Gründe hierfür liegen woanders.

Seit fast 3 Jahren wird uns erzählt, dass Umorganisationen in diesem Bereich notwendig sind. Gutachten wurden in Auftrag gegeben. Bis heute können wir nicht erkennen, dass davon irgendetwas umgesetzt worden ist. Stellen sind unbesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auch dort stark verunsichert.

Zu den Gutachten selbst:

Ein Zitat: *„Ein guter Teil könnte mit der Sachkompetenz städtischer Mitarbeiter erledigt werden. Gutachten ersparen Arbeit und Verantwortung, für dieses Geld könnten einige Mitarbeiter eingestellt werden und dann blieben immer noch Mittel übrig, um Probleme anzufassen, die von der Stadt nicht gelöst werden können.“*

Vielleicht kommt Ihnen Frau Bürgermeisterin diese Aussage bekannt vor, stammt sie doch aus Ihrem Wahlprogramm. Leider ist festzustellen, dass Sie keine Verantwortung für Ihre Verwaltung übernehmen. Führung findet schlichtweg nicht statt.

Ich habe bereits im letzten Jahr meiner Haushaltsrede die Personalsituation im Rathaus angesprochen. Nun muss ich feststellen, dass ich diesen Teil meiner Rede unverändert erneut wieder halten könnte. Gute Mitarbeiter verlassen uns. Stellenbesetzungen, aktuell im Finanzbereich, werden mit lächerlichen Begründungen verzögert - mal abgesehen von der Posse der Neubesetzung des Ersten Stadtrates. Auf die Vollendung ihrer groß angekündigten Umorganisation warten wir nunmehr seit vier Jahren. Nach wie vor sind Stellen kommissarisch oder überhaupt nicht besetzt, eine sogar durch Sie, Frau Bürgermeisterin, selbst.

Weshalb es dort nicht weitergeht, wissen wir nicht. Auch hier ein Zitat aus einer für Sie offenbar sehr fernen Vergangenheit: *„Ich werde Projekte nicht hinter verschlossenen Türen einfädeln, sondern offen mit den Ratsvertretern darüber reden, ... Ein Bürgermeister muss dafür sorgen, dass keine Feindbilder entstehen und er muss bereit sein, auch seine Ansichten hinterfragen zu lassen ...“*

Weit gefehlt kann ich nur sagen. Wo fand ich dieses Zitat? Auf der Homepage von Ihnen, Frau Bürgermeisterin!

Selten sind Aussage und Wirklichkeit weiter voneinander entfernt gewesen als hier. Eine Aussage von Herrn van Beckum letzter Woche in der Haushalts- und Finanzausschusssitzung hat mich sehr beschäftigt. Er sagte, die Stadt Leer befände sich im Krankenhaus. Ich pflichte ihm in diesem Punkt ausdrücklich bei und teile diese Einschätzung. Allerdings beziehe ich sie, nicht wie er, nur auf die Finanzen. An der Krankheit, dass die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, leiden nämlich ungefähr 99,9 % aller Kommunen. Auch ich sehe den dringenden Handlungsbedarf - oder sollte ich in diesem Zusammenhang vielleicht Handlungsbedarf sagen - vielmehr bei anderen Punkten in unserer Verwaltung, die uns oder die mir viel mehr Sorgen bereiten:

ÖPNV: Notvergabe, wäre nicht nötig gewesen, wenn die Bürgermeisterin früh genug tätig geworden wäre. Sowohl der Landkreis und auch die Grünen/CDL haben Sie, Frau Bürgermeisterin, früh genug darauf hingewiesen, dass der Kreis Sie angesprochen hat. Wir haben Sie darauf hingewiesen im Dezember letzten Jahres, im Januar und im Februar letzten Jahres. Diese Sache, diese Notvergabe, wird uns jetzt viel Geld kosten.

KWL: Leider wurde auch hier eine Ausschreibung nicht so ausgeführt, wie beschlossen. Sie Frau BGM haben es zu verantworten, wenn uns Fördermittel für die soziale Stadt verloren gehen.

Die CDU, speziell Herr Foest nennt seit Jahren den Weltuntergang unseres Haushaltes und möchte jedes Jahr die Kindergärten „loswerden“. Die Grünen/CDL werden die Kindergärten nicht abgeben, wir mögen Kinder, aber eine Nachverhandlung wegen der Kostenerstattungen mit dem Landkreis ist mehr als nötig. Wie Sie in der Septembersitzung festgestellt haben, ist ein erster Schritt - auch dank der Hartnäckigkeit des damaligen Ersten Stadtrats - erfolgt. Hier erwarte ich, dass die Bürgermeisterin diesen Weg fortsetzt. Es ist auch möglich, über die Kreisumlage zu verhandeln, auch wenn der Landrat abwinkt. Da muss man tätig werden. Andere Kommunen sehen das ebenso.

Und ich mache mir Sorgen, dass die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen der Bürgermeisterin und dem Rat durch die zahllosen Einzelgänge der Bürgermeisterin nachhaltig gestört sind. In vielen Fällen werden uns Informationen vorenthalten, oder nur verkürzt und damit leider zum Teil auch verfälscht weitergegeben. Dies lässt sich teilweise nur durch eine Akteneinsicht feststellen, von der wir in der Vergangenheit bereits mehrfach mit Erfolg Gebrauch gemacht haben.

Zum Schluss dann doch noch einige Zahlen, die vielleicht unsere Kolleginnen und Kollegen nicht wahrgenommen haben: Die Gruppe Grüne/CDL stellte im Jahr 2018 insgesamt 24 Anträge, die Gruppe SPD/Linke 16 Anträge, die AWG 4 und die CDU 5 Anträge. Das fand ich ganz interessant. Das hatten wir rausgesucht. Der Haushalt und die dazu vorgelegten Unterlagen sind gut aufbereitet. Sie geben einen guten Überblick über die Haushaltswirtschaft. Dafür sage ich einen herzlichen Dank an die Mitarbeiter, die durch die personelle Besetzung eine sehr sportliche Leistung erbringen mussten. Auch heute noch, weil sich plötzlich etwas geändert hat. Ich denke, heute war es ein Hürdenlauf.

Wir werden daher dem Haushalt in der jetzt vorliegenden Form zustimmen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir für die gute Arbeit und Geduld im Rathaus und auch mit uns. Und sollten wir Fehler gemacht haben, entschuldigen wir uns dafür. Ich danke Ihnen für das geduldige Zuhören.“

Der Vorsitzende dankte Frau Kramer für ihre Ausführungen und erteilte Herrn Dirksen das Wort.

Herr Dirksen: „Frau Bürgermeisterin, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

Als Mitglied der Haushaltssicherungskommission und des Ausschusses für Haushalt und Finanzen fallen mir immer sofort sehr große Positionen in unserer Verschuldung auf. Gegenwärtig ist dies der Ausbau des Logaer Weges, der auch mit seinem städtischen Anteil immer noch hoch zu Buche schlägt. Eine Ausbauplanung, die nun in das vierte Jahr geht, immer noch unbefriedigend ist und zudem weitere Probleme offenlässt. Noch haben wir keine Rechtssicherheit bei allen Prognosen und Gutachten. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind eher mit Zurückhaltung, Vorsicht und Misstrauen ausgestattet, als mit Zuversicht, Vertrauen und Glauben an einen richtigen Weg. Eigenschaften, die wir zum Teil auch in anderen Bereichen vorfinden.

Wenn sich beste Arbeit und die ehrlichsten Bemühungen vieler nicht in Ergebnissen niederschlagen, erfolgt der Rückzug aus der politischen Tätigkeit oder Schwenk zu politischen Randgruppen. Was können wir also tun? Ein Haushaltssicherungskonzept, das bereits seit über 16 Jahren besteht weiter fortschreiben oder versuchen, mit neuen Ideen und Methoden mehr und besseres Geld in unsere Kassen zu bekommen? Die finanzielle Lage der Stadt Leer ist schwierig. Nun kann man versuchen, durch Kürzen von Ausgaben, Streichen von Leistungen und Erhöhung von Gebühren gegenzusteuern. Das führt aber auf Dauer dazu, dass die Stadt immer weniger lebenswert wird und der Erfolg, den Leer in den letzten Jahren hatte, wieder verspielt wird.

Viel besser ist es doch, die Einnahmen der Stadt dauerhaft zu erhöhen. Dazu kann man natürlich versuchen, große Gewerbebetriebe neu anzusiedeln. Doch dabei befindet sich Leer in einem Subventionswettstreit mit vielen anderen Orten, der auf jeden Fall teuer wird und dessen Ergebnis auch ungewiss ist.

Die Einnahmen der Stadt lassen sich am einfachsten steigern, wenn es den vorhandenen Betrieben und damit Steuerzahlern in unserer Stadt gut geht. Wenn wir die Steuerzahler, die wir in der Stadt haben, hegen und pflegen und als Stadt, das heißt Politik und Verwaltung, alles tun, damit sie erfolgreich sind und sie sich entwickeln können.

Hier sind in den letzten Jahren eindrucksvolle Ergebnisse im Bereich der IT-Unternehmenschaft entstanden, die sehr bemerkenswert sind und auch weitere Beachtung finden sollten.

Fördern wir den Einzelhandel genug, der ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber in dieser Stadt ist?

Seit Monaten ist die Brücke über die Eisenbahn am Südring halb gesperrt und die Betriebe im Hafen leiden darunter, genauso wie die Besucher der Innenstadt. Seit Jahren streitet sich die Politik über den Bummert, der eine wichtige Zufahrt zu den Geschäften in der Innenstadt ist, ohne dass es weitergeht. Der Parkplatz am Ostersteg ist immer noch nicht erweitert, aber die Planungen für die Fahrradstraßen sind im vollen Gange.

Der Tourismus bringt Besucher und deren Geld in die Stadt, aber Investoren beschweren sich, dass sie ihre Bauprojekte nicht umsetzen können, da es in der Verwaltung hakt. So kommen wir in Leer nicht voran.

Zur Sicherung der Finanzen von Leer fordern wir den Ausbau der Wirtschaftsförderung, hin zu einem unternehmer- und unternehmensfreundlichen Klima in unserer Stadt.

Wir schlagen daher vor, einen Verantwortlichen für Wirtschaftsförderung zu benennen und auch dauerhaft und ausschließlich mit diesem Thema zu besetzen. Hier gilt es, schnellstmöglich die Arbeit aufzunehmen, um Verbindungen zu besetzen, vorhandene Netzwerke zu nutzen und auszubauen. Potentiale gibt es.

Die Gruppe BfL/FDP wird dem Haushalt auf jeden Fall zustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Der Vorsitzende dankte Herrn Dirksen für die Ausführungen und erteilte Frau Stevens-Kimpel das Wort.

Frau Stevens-Kimpel: „In einer Stellungnahme hat Frau Bürgermeisterin darauf hingewiesen, dass die Anwohner am Logaer Weg mitverantwortlich seien für das gegenwärtige Problem des Ausbaus. Das weise ich auf's Stärkste zurück. Die Probleme des Ausbaus des Logaer Wegs sind dadurch zustande gekommen, dass die Anwohner viel zu wenig berücksichtigt worden sind in Ihren Interessen. Es wurde ja abgelehnt, dass die Straße 5,5 Meter breit sein kann. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Heisfelder Straße vom Bummert bis ungefähr zur Abzweigung Ostersteg nur 5,35 Meter misst. Da fahren zwei Lastwagen nebeneinander, es parken da Autos, viele Busse halten da und trotzdem finden da relativ wenig Unfälle statt. Die Stadt hat eine Baugenehmigung erteilt für einen Investor, der ein Riesengebäude in den Bummert reingedrängt hat, so dass die Fußgänger da nur einen Gehweg von 40 Zentimetern haben. Das hat die Stadt nicht verhindert. Es wäre leicht gewesen, das zu verhindern; dass der Bau eben nicht seine Grenzen vollkommen ausschöpfen kann. Es scheint mir, dass die Stadt sehr unterschiedlich vorgeht. Dass sie eben viel zu wenig die Interessen der Bürger berücksichtigt, sondern stärker die Interessen von bestimmten Investoren oder Bauunternehmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass immer noch die Drohung besteht, falls der Erwerb der Grundstücke nicht vollständig gelingt, dass dann Bäume abgesägt werden. Das würde dem Image der Stadt Leer, die von sich selber behauptet, eine grüne Stadt zu sein, sehr schaden und es würde die Bürger sehr stark beeinträchtigen, weil wir alle wissen, welchen Wert Bäume haben für die Gesundheit einer Stadt und die Gesundheit der Bevölkerung. Das wollte ich auf jeden Fall auch nochmal betonen.“

Der Vorsitzende erteilte Herrn Schachner das Wort.

Herr Schachner: „Frau Stevens-Kimpel hat eben den Logaer Weg angesprochen. Ich möchte das für unsere Gruppe auch noch einmal betonen, weil das für uns ein ganz zentrales Problem ist. Der Ratsvorsitzende hat ja gesagt, die Haushaltsberatungen gingen relativ geräuschlos über die Bühne. In der Tat, es war geräuschlos in der Stadt, mit Ausnahme, wenn es um den Logaer Weg ging. Ich habe in den 40 Jahren hier in Leer manche Demonstration erlebt, aber noch nie eine so große wie die Demonstration im Logaer Weg. Ein paar Monate waren wir guter Hoffnung, dass es eine einvernehmliche Lösung gibt. Eine einvernehmliche Lösung hier im Rat und auch eine einvernehmliche Lösung mit den Anwohnern und Anliegern des Logaer Wegs und anderen Bürgern der Stadt. Leider ist das in der letzten Woche zerstört worden. Das heißt, wir hätten doch eine andere Lösung favorisiert, mit einer anderen Straßenbreite, mit einer anderen Lösung für die Nebenanlage. Diese Lösung hätte die Zustimmung von den Anwohnern gefunden. Leider ist es dazu nicht gekommen. Ich will noch einen anderen Punkt ansprechen. Herr Foest hat ja auch den Logaer Weg und das neue Fahrradkonzept erwähnt. Beim Logaer Weg hat er die kontinuierliche Straßenführung angesprochen. Das ist genau das, was wir bekommen werden, wenn der Fahrradweg nach unseren Vorstellungen umgesetzt wird, nämlich eine kontinuierliche Straßenführung. Ich denke, vielen Fachleuten ist das klar. Eine Straße führt immer dann zu Problemen, wenn der Straßenverlauf nicht ganz klar ist, wie beispielsweise im Ostersteg und in der Bürgermeister-Ehrlenholtz-Straße. Wer da lang fährt, sieht es immer wieder zu Problemen kommen. Die Straße wird verengt,

weitet sich wieder. Einmal gibt es eine Spur, dann wieder zwei Spuren und ich denke, wenn wir den Autoverkehr einspurig führen und nebenan eine breite Fahrradspur haben, dann wird der Verkehr in der Stadt nicht zusammenbrechen. Das ist ein langsamer und kontinuierlicher Fluss und alle Probleme, die wir skizzieren mit zunehmendem Autoverkehr, mit zunehmenden innerstädtischen Verkehrsproblemen können wir nur dann lösen, wenn wir es intensiv angehen, das Fahrrad zu propagieren und neue Verkehrswege in der Stadt zu schaffen.“

Der Vorsitzende erteilte der Bürgermeisterin das Wort.

Die Bürgermeisterin: „Man überlegt ja immer, ob man dann nochmal an das Mikrofon geht oder nicht, aber immer nur dazusitzen und mir das anzuhören, ohne irgendetwas zu sagen, ist eigentlich auch bedauerlich. Bin ich auch überhaupt nicht der Typ.“

Fehlender Beteiligungswille? Das kann man einfach behaupten. Das ist immer einfach. Aber benennen Sie die Probleme doch dann, wenn tatsächlich etwas passiert ist.

Ihre Vorwürfe, Frau Kramer, „stimmt der eigenen Vorlage nicht zu, hat noch die Kurve gekriegt, hat zeitlich nicht umgesetzt, hat unzureichend informiert“, treffen immer auch die Mitarbeiter. Insoweit sollten Sie sich überlegen, welche Auswirkungen dies auf die Mitarbeiter hat.

Im Fall Agecko ist ganz klar von der Staatsanwaltschaft festgestellt worden, dass keine Korruption und keine Straftat vorliegen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie Vorgesetzte haben, die sich hinter ihre Mitarbeiter stellen und ihnen keinen Vorwurf machen, wenn sie mit einer vergleichbaren Situation konfrontiert werden.

Ich habe mich jetzt einmal zu den immer wiederkehrenden pauschalen Vorwürfen geäußert und dabei möchte ich es auch belassen.“

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **der Vorsitzende** zur Abstimmung über den Haushalt 2019 auf.

**TOP 6.1 Wirtschaftsplan 2019 LEEB
- Beschluss
Vorlage: 2.60/XVII/0878/2018**

Beschluss (einstimmig):

Der Rat der Stadt Leer beschließt,

- a) den vorgelegten Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 festzusetzen,
- b) den Finanzplan zum Erfolgs- und Vermögensplan in der vorgelegten Fassung festzustellen und
- c) den Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredit im Haushaltsjahr 2019 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, auf 150.000 € festzusetzen.

**TOP 6.2 Wirtschaftsplan KWL 2019-2021
- Beschluss
Vorlage: KWL/XVII/0864/2018**

Der Vorsitzende fragte im Rahmen der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses: „Frau Westermann, ist das dafür oder dagegen? Wer ist dagegen? Vier Gegenstimmen. 5 Gegenstimmen. Es ging nicht um Fraktionszwang, aber wenn Eindeutigkeit nicht vorliegt, muss ich nachfragen. Es wurde nämlich jetzt von der Bürgermeisterin von Fraktionszwang gesprochen.“

Beschluss (28 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen):

Der Wirtschafts- und Stellenplan für die Jahre 2019 ff. wird wie folgt geändert:

Durch die Einstellung eines zweiten Mitgliedes der Betriebsleitung entfällt ab dem 01.02.2020 die Stelle des Sachbearbeiters.

Es wird beschlossen:

- a) den vorliegenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 festzusetzen,
- b) den Finanzplan zum Erfolgs- und Vermögensplan mit den entsprechenden Änderungen festzustellen,
- c) den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) für den Eigenbetrieb KWL auf 3.000.000,00 € festzusetzen,
- d) den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 5.940.000,00 € festzusetzen,
- e) den Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredit im Haushaltsjahr 2019 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, auf 1.840.000,00 € festzusetzen und
- f) die Stellenübersicht zu genehmigen.

**TOP 6.3 Haushaltssicherungskonzept 2019
Vorlage: 1.20/XVII/0911/2019**

Beschluss (einstimmig):

Das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Leer zum Haushaltsplan 2019 wird beschlossen.

**TOP 6.4 Prioritätenliste über künftige Investitionsmaßnahmen
Vorlage: 1.20/XVII/0910/2019**

Beschluss (einstimmig):

Die Prioritätenliste künftiger Investitionsmaßnahmen wird beschlossen.

TOP 6.5 Kenntnisnahme der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2022

Beschluss (einstimmig):

Der Rat nimmt von der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2022 Kenntnis.

**TOP 6.6 Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2019 und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2022
Vorlage: 1.20/XVII/0912/2019**

**TOP 6.6.1 Ergänzungsvorlage zum TOP 4 "Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2019 und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2018 - 2019"
Vorlage: 1.20/XVII/0916/2019**

**TOP 6.6.2 Ergänzungsvorlage zum Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2019 und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2022
Vorlage: 1.20/XVII/0929/2019**

Der Vorsitzende wies noch einmal auf die für die Beschlussfassung geltende aktuelle Ergänzungsvorlage 1.20/XVII/0929/2019 nebst Unterlagen hin.

Beschluss (einstimmig):

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2019 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2022 wird beschlossen.

TOP 6.6.3 Stellenplan 2019

Beschluss (einstimmig):

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 wird genehmigt.

**TOP 7 Rahmenplan "Leer Weststadt";
Beschluss zur baulichen Entwicklung
Vorlage: 2.60/XVII/0883/2019**

Beschluss (32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme):

Die vom Runden Tisch verabschiedeten Regelungen mit den nachfolgend aufgelisteten fraktionsübergreifend beschlossenen Abweichungen dienen als Grundlage bei der sanierungsrechtlichen Beurteilung von Bauanträgen (§§ 144 ff. BauGB) bis zur flächendeckenden Aufstellung von (Sanierungs-)Bebauungsplänen.

1. Auch in den Bereichen von Hajo-Unken-Straße sowie Edzardstraße und Burfehner Weg (jeweils von der Heisfelder Straße bis zur Fletumer Straße, südlich der Edzardstraße bis Wendekamp) soll eine Zweigeschossigkeit möglich sein.
2. Um Erweiterungen bestehender Gebäude untergeordnet, z. B. durch Wintergärten, zu ermöglichen und gleichzeitig die Blockinnenbereiche zu schützen, kann die Tiefe der Gebäude maximal 20,00 m betragen, jedoch darf der rückwärtige, über die (vom Runden Tisch beschlossene) Bautiefe von 15 m hinausgehende Bauteil nur eingeschossig sein.
3. Die Zahl der Wohneinheiten soll in den eingeschossigen Gebieten nicht mit dem Maß je 300 m² Grundstücksfläche eine Wohnung, sondern auf 250 m² Grundstücksfläche eine Wohnung beschränkt werden.
4. Für Vorhaben des sozialen Wohnungsbaus (mit den entsprechenden Regelungen zu Belegung und Miethöhe) sind Ausnahmen von der Bindung der Anzahl der Wohnungen an die Grundstücksfläche (je 250 m² Grundstücksfläche max. 1 WE) möglich. Die Regelungen zu Kubatur sind dabei jedoch einzuhalten, für Einstellplätze können erweiterte Forderungen gestellt werden.
5. In den beiden Straßengevierten westlich der Heisfelder Straße und zwischen Burfehner Weg und Ubbo-Emmius-Straße sollen Bauvorhaben zunächst entsprechend des bestehenden Baurechts beurteilt werden. Ermessensspielräume sollen restriktiv ausgelegt werden.

**TOP 8 Gedächtniswald Logabirum - Beschluss des Betreibervertrages
Vorlage: 2.60/XVII/0832/2018**

Beschluss (30 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen):

Der Rat beschließt den der Vorlage anliegenden Betreibervertrag zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Aufgabenwahrnehmung der Stadt Leer (Ostfriesland).

**TOP 9 Gedächtniswald Logabirum - Beschluss der Friedhofssatzung
Vorlage: 2.60/XVII/0826/2018**

Beschluss (30 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen):

Der Rat beschließt die Friedhofssatzung in der der Vorlage anliegenden Fassung zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Aufgabenwahrnehmung der Stadt Leer (Ostfriesland).

**TOP 10 87. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet westlich der Zoostraße und beiderseits der Oldenburger Straße (B 436)
1. Erörterung und Beschluss über Anregungen
2. Beschluss der Änderung des Flächennutzungsplanes (Feststellungsbeschluss) und Zustimmung zur Begründung und Umweltbericht
Vorlage: 2.61/XVII/0841/2018**

Beschluss (einstimmig):

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den vorgebrachten Anregungen gemäß der Tabelle Anlage 3 der Vorlage (frühzeitige Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB) und der Tabelle Anlage 4 der Vorlage (Beteiligung gem. §§ 3(2) und 4 (2) BauGB) wird zugestimmt.
2. Die 87. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß § 1 (3) und § 5 BauGB sowie des § 58 (2) NKomVG) entsprechend dem der Vorlage beigefügten Plan (Anlage 1) beschlossen (Feststellungsbeschluss). Der Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2 der Vorlage) mit Anlagen wird zugestimmt.

Hinweis: Sämtliche Unterlagen lagen während der Sitzung im Sitzungssaal aus und standen zur Einsichtnahme bereit.

**TOP 11 85. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet nördlich Oldenburger Straße zwischen Zoostraße und Fuchsweg
1. Erörterung und Beschluss über Anregungen
2. Beschluss der Änderung des Flächennutzungsplanes (Feststellungsbeschluss) und Zustimmung zur Begründung und Umweltbericht
Vorlage: 2.61/XVII/0891/2019**

Beschluss (einstimmig):

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den vorgebrachten Anregungen gemäß der Tabelle Anlage 6 der Vorlage (frühzeitige Beteiligung gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB) und der Tabelle Anlage 4 der Vorlage (Beteiligung gem. §§ 3(2) und 4(2) BauGB) wird zugestimmt.

2. Die 85. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß § 1 (3) und § 5 BauGB sowie des § 58 (2) NKomVG entsprechend dem beigefügten Plan (Anlage 1 der Vorlage) beschlossen (Feststellungsbeschluss), der Begründung (Anlage 2 der Vorlage) und Umweltbericht (Anlage 3 der Vorlage) mit Fachgutachten und Entwässerungskonzept wird zugestimmt.

Hinweis: Sämtliche Unterlagen lagen während der Sitzung im Sitzungssaal aus und standen zur Einsichtnahme bereit.

**TOP 12 Bebauungsplan Nr. 227 für ein Gebiet nördlich Oldenburger Straße
zwischen Zoostraße und Fuchsweg
1. Erörterung und Beschluss über Anregungen
2. Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung und Zustimmung
zur Begründung und Umweltbericht
Vorlage: 2.61/XVII/0892/2019**

Beschluss (einstimmig):

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den vorgebrachten Anregungen gemäß der Tabelle Anlage 6 der Vorlage (frühzeitige Beteiligung gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB), der Tabelle Anlage 4 der Vorlage (Beteiligung gem. §§ 3(2) und 4(2) BauGB) und der Tabelle Anlage 5 der Vorlage (erneute Beteiligung gem. § 4a(3) BauGB i.V.m. § 3(2) und § 4(2) BauGB) wird zugestimmt.

2. Der Bebauungsplan Nr. 227 wird gemäß § 1 (3) und § 10 BauGB sowie des § 58 (2) NKomVG als Satzung entsprechend dem beigefügten Plan (Anlage 1 der Vorlage) beschlossen, der Begründung (Anlage 2 der Vorlage) und dem Umweltbericht (Anlage 3 der Vorlage) mit Anlagen und Fachgutachten wird zugestimmt.

Hinweis: Sämtliche Unterlagen lagen während der Sitzung im Sitzungssaal aus und standen zur Einsichtnahme bereit.

**TOP 13 Lärmaktionsplan der Stadt Leer (Ostfriesland)
- Beschlussfassung
Vorlage: 2.61/XVII/0884/2019**

Beschluss (einstimmig):

Der Lärmaktionsplan der Stadt Leer (Ostfriesland) wird beschlossen (Anlage 1 der Vorlage). Eine Kurzfassung wird erstellt und dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz zugestellt.

**TOP 14 Berufung von beratenden Mitgliedern in die Fachausschüsse nach
§ 71 Abs.7 NKomVG
Vorlage: 9.12/XVII/0882/2019**

Beschluss (einstimmig):

Herr Thorsten Tooren wird als Vertreter der Kreishandwerkerschaft als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur berufen. Herr Friedrich Lüpkes, wird zum Vertreter von Herrn Tooren bestimmt.

Herr Bastian Wehr wird als Vertreter der IHK als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur berufen und löst damit den bisherigen Vertreter, Herrn Alexander Malchus, ab.

Herr Marc Meierholz wird als Vertreter des Vereins Freunde historische Altstadt Leer e.V. als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur berufen und löst damit den bisherigen Vertreter, Herrn Rüdiger Barten, ab. Zum Vertreter von Herrn Meierholz wird Herr Hauke Veentjer bestimmt.

TOP 15 Informationen

Es lagen keine Informationen vor.

TOP 16 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

Keine.

TOP 17 Anfragen

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 18 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Es wurden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende bedankte sich bei den Zuhörerinnen und Zuhörern für die Teilnahme an der Sitzung und schloss den öffentlichen Teil um 18:38 Uhr.

gez. Hauke Sattler

gez. Beatrix Kuhl

gez. Grit Fokken

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführerin

F.d.R.:

Protokollführerin